



# Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e.V.

- Vorstand -

dgti e.V. c/o

Herr  
geschäftsführender Bundesminister  
Sigmar Gabriel

Werderscher Markt 10  
10117 Berlin

Petra Weitzel

Telefon: 0151 75049494  
Email: [petra.weitzel@dgti.org](mailto:petra.weitzel@dgti.org)

<http://www.dgti.org/>

Mainz, 17. Dezember 2017

Entscheidung der U.S. Regierung den Gesundheitsbehörden der USA u.a. die Verwendung des Begriffs „Transgender“ zu verbieten

Sehr geehrter Herr Gabriel,

heute wurden wir Zeugen eines für einen westlichen demokratischen Staat unglaublichen Vorgangs.

In den USA wurden die Mitarbeiter des CDC, Centers for Disease Control and Prevention und dem HHS, Federal Department of Health and Human Services aufgefordert in Dokumenten Wörter wie z.B. Transgender, Fötus und Diversity nicht mehr zu verwenden.

Beide Einrichtungen unterstehen unmittelbar dem US-Amerikanischen Gesundheitsministerium. Darüber hinaus wurden alle Hinweise zu LSBTI, Lesben, Schwulen, bisexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen von der Webseite des HHS entfernt.

Der Regierung unter Präsident Donald Trump geht es offensichtlich nicht nur darum, Gelder im U.S. Haushalt, die im Zusammenhang mit LSBTI Menschen stehen, nicht mehr zur Verfügung zu stellen, darunter auch die HIV Prävention, sondern diese Menschen unsichtbar zu machen und Ihnen die Möglichkeit zur Unterstützung durch die Gesundheitsbehörden zu entziehen.

Eine weitere Anweisung lautete, die Begriffe science-based und evidence-based (wissenschaftlich- und fakten-basierend) durch die „alternative“ Formulierung „Wissenschaft unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Standards und Wünsche“, zu ersetzen, was eben keine wissenschaftsbasierten Entscheidungen mehr möglich macht und die Tore für Missbrauch und vorurteilbasierte Handlungsweise weit öffnet. Dies betrifft die gesamte Arbeit der beiden genannten Gesundheitsbehörden.

Wir befürchten nun, dass dies zum einen die Lage transidenter / transsexueller Menschen in den USA in der Gesundheitsversorgung massiv verschlechtert und was noch viel schwerwiegender ist, die bevorstehende Entscheidung der Weltgesundheitsbehörde WHO, Transsexualität künftig nicht mehr in die Gruppe psychischer und Verhaltensstörungen einzustufen, gefährdet wird. Dies hat weltweite Auswirkungen auf die Gesundheitssysteme und daher auch in Deutschland.

Wir möchten Sie daher bitten, sich bei nächstbietender Gelegenheit bei der U.S. Regierung deutlich gegen solche menschenrechtswidrigen und aus Zeiten vor der Aufklärung stammenden Methoden auszusprechen.

Mit freundlichen Grüßen

1. Vorsitzende